Landtag von Sachsen-Anhalt

Drucksache 7/621
21.11.2016

Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 8. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

1. Abgeordneter Swen Knöchel (DIE LINKE)

Ausgleichsstock 2016

Aus dem Ausgleichsstock werden entsprechend § 17 FAG Bedarfszuweisungen zur Milderung oder zum Ausgleich außergewöhnlicher Belastungen und Notlagen im Haushalt der Kommunen erbracht. Als Notlage gilt insbesondere der Fall, dass die Einnahmemöglichkeiten von Kommunen zur Erfüllung ihrer unabweisbaren Ausgabeverpflichtungen nicht ausreichen. Daneben dient er der Vermeidung besonderer Härten bei der Durchführung dieses Gesetzes.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Anträge auf Bedarfszuweisungen und Liquiditätshilfen wurden zwischen dem 1. Januar und dem 31. Oktober 2016 gestellt?

2. Wie viele Anträge wurden in welcher Gesamthöhe jeweils für Bedarfszuweisungen und Liquiditätshilfen zwischen dem 1. Januar und dem 31. Oktober 2016 bewilligt?

2. Abgeordneter Andreas Steppuhn (SPD)

Landschaftspflege im Bereich der Teufelsmauer im Harz

Seitens des Landes ist bis zum Jahr 2015 die Landschaftspflege im Zusammenwirken mit der unteren und oberen Landschaftsbehörde organisiert worden. Die Landschaftspflege in den Bereichen der Teufelsmauer von Blankenburg bis Warnstedt wurde von einer privaten Halterin von Schafherden, die mit Fördermitteln unterstützt wurde, vorgenommen. Seit Anfang des Jahres 2016 findet keine Landschaftspflege in den genannten Bereichen mehr statt. Anlieger, wie zum Beispiel landwirtschaftliche Betriebe, lehnen eine Übernahme der Landschaftspflege in diesem Bereich ab.

(Ausgegeben am 21.11.2016)

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie wurde die Landschaftspflege in den Bereichen der Teufelsmauer in den vergangenen zehn Jahren genau organisiert und finanziert?

2. Wie soll die Landschaftspflege in den Bereichen der Teufelsmauer ab dem Jahr 2017 im Rahmen der Zuständigkeiten dauerhaft und im Sinne einer Nachhaltigkeit organisiert, finanziert und in Auftrag gegeben werden?

3. Abgeordnete Cornelia Lüddemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gemeinsamer Geh-/Radweg an der L 15 zwischen Steinfeld und Kläden

Am 8. November 2016 wurde der straßenbegleitende Radweg zwischen den Ortschaften Steinfeld und Kläden (Stadt Bismark/Altmark) offiziell freigegeben.
Die Bauausführung erfolgte als gemeinsamer Geh- und Radweg mit einer durchgehenden Breite von 2,00 m. Dies entspricht nicht den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA), da diese eine Regelbreite bei gemeinsamen Geh-/Radwegen (außerorts) von 2,50 m (mind. 2,25 m) vorsehen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum wurde beim vorangehend genannten Radverkehrsprojekt von der Regel- sowie der Mindestbreite abgewichen (vgl. RdErl. des MLV vom 29.08.2011, Punkt 4) führte zur Abweichung vom Regelmaß und wie beurteilt die Landesregierung diesen Umstand?

2. Welche weiteren Radverkehrsprojekte - wo von der Regelbreite bzw. der Mindestbreite abgewichen wird - befinden sich landesweit in der aktiven Bauumsetzung und wie wird dies begründet?

4. Abgeordneter Jürgen Barth (SPD)

Einsatz von Schafherden im Bereich der Landschaftspflege in Sachsen-Anhalt

In vielen Bereichen des Landes werden traditionell auch Schafherden zur Landschaftspflege eingesetzt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viel Schafherden mit wie viel Schafen wurden in den vergangenen fünf Jahren im Bereich der Landschaftspflege im Land eingesetzt?

2. Wie viel Schafherden mit wie viel Schafen sollen im Rahmen der Planung absehbar im Jahr 2017 in den Landkreisen und den kreisfreien Städten des Landes im Bereich der Landschaftspflege eingesetzt werden?

5. Abgeordneter Stefan Gebhardt (DIE LINKE)

Geplante Deponie im Ortsteil Großörner/Stadt Mansfeld

Die Wurzel Bau GmbH hat einen Antrag für die Errichtung einer Deponie in der Stadt Mansfeld (Ortsteil Großörner) gestellt und will diese Deponie zirka 25 Jahre betreiben. Pro Jahr sollen am Freieslebenschacht in Großörner 75.000 Kubikmeter Schutt abgelagert werden. Vor Ort regt sich hierzu großer Widerstand, man spricht von einer jetzt schon erheblichen Staub-, Lärm- und Umweltbelastung.

Ich frage die Landesregierung:

1. Gibt es für diese Art von Deponie einen tatsächlichen Bedarf und ist dieser relevant für deren Genehmigung bzw. Zulassung?

2. Welche Position vertritt die Landesregierung zu dem Umstand, dass sich in unmittelbarer Nähe der geplanten Deponie eine Kindertagesstätte, die Sportstätten sowie diverse Wohnhäuser und Kleingartenanlagen befinden?

6. Abgeordneter Guido Heuer (CDU)

Förderrichtlinien zur Unterstützung der Forstwirtschaft insbesondere für Waldeigentümer

Sachsen-Anhalt bleibt trotz Zuwachs ein waldarmes Bundesland. Die Eigentümerstruktur ist sehr kleinteilig. Die meisten Eigentümer im Privatwald besitzen nur wenige Hektar Wald, weshalb gerade hier eine zuverlässige Förderung essentiell ist.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum wurden von den ursprünglich geplanten sechs Richtlinien zur Förderung der Forstwirtschaft in der neuen EU-Förderperiode (2014 bis 2020) noch keine veröffentlicht und demnach noch keine Förderung im Wald mit Mitteln der neuen Förderperiode ausgereicht?

2. Wie plant die Landesregierung, der gegenwärtigen, bedauerlicherweise rückläufigen Entwicklung bei den Forstbetriebsgemeinschaften entsprechend Koalitionsvertrag (S. 109) durch eine verstärkte Förderung entgegen zu wirken?

7. Abgeordnete Monika Hohmann (DIE LINKE)

Position des Landes Sachsen-Anhalt bei der Jahreskonferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 28. Oktober 2017

Das Land Sachsen-Anhalt hat sich laut Protokollnotiz u. a. für stärkere Steuerungsmöglichkeiten der Länder im Rahmen der Jugendhilfe und für eine Konzentration der Jugendhilfeleistungen auf Minderjährige ausgesprochen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wurde diese Position im Vorfeld im Kabinett abgestimmt?

2. Falls ja, mit welchem Ergebnis und inwiefern hat die Landesregierung die Empfehlungen des Landesjugendhilfeausschusses zur Reform des SGB VIII dabei berücksichtigt?

8. Abgeordneter Daniel Roi (AfD)

Mögliche Neuausrichtung des Landgestütes Prussendorf

Laut aktuellen Pressemeldungen beabsichtigt die Landesregierung das Landgestüt Prussendorf möglicherweise aufzugeben. Finanzminister Schröder (CDU) sprach gar von einem möglichen Verkauf. Es stellt sich daher die Frage, ob es Möglichkeiten gibt, mit einem neuen Konzept, den Erhalt des Landgestüts inklusive Eigentum zu sichern.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wurden mögliche Alternativkonzepte geprüft, die beispielsweise unter Einbindung der Landgesellschaft eine Umstrukturierung des Landgestüts vorsehen oder ist eine Privatisierung des Landgestüts die bevorzugte Variante?

2. Sieht die Landesregierung Möglichkeiten für eine Umstrukturierung des Landgestütes, um ggf. auch unter Einbindung des Landgestütes eine landeseigene Reiterstaffel aufzubauen?

9. Abgeordnete Sarah Sauermann (AfD)

Zukunft des Landgestütes Prussendorf

Die Mitteldeutsche Zeitung berichtete am 11. November 2016, dass die Landesregierung Flächen des Landgestüts Prussendorf verkaufen und Zuschüsse kürzen will. Finanzminister André Schröder (CDU) hatte zuvor bei einer Pressekonferenz in Magdeburg, laut Mitteldeutscher Zeitung, sogar von einem möglichen Verkauf des Landgestüts gesprochen. Am 18. November 2016 besuchte ich mit sechs weiteren Fraktionskollegen das Landgestüt in Prussendorf. Der Vorortbesuch ergab, dass die Landesregierung das Landgestüt perspektivisch aufgeben möchte. Die Landesregierung plant im neuen Doppelhaushalt Einnahmen aus Gewinnen des Landgestütes Prussendorf ein.

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit stimmen diese Aussagen und was passiert zukünftig mit dem Landgestüt, dem Gebäudebestand, dem Umfeld sowie mit Mitarbeitern, Auszubildenden und Vereinen sowie vor Ort eingemieteten Verbänden?

2. Wie soll das Landgestüt jeweils in den Jahren 2017 und 2018 Gewinne, die von der Landesregierung eingeplant sind, erwirtschaften?

10. Abgeordneter Hagen Kohl (AfD)

Medizinische Altersdiagnostik bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

Ich frage die Landesregierung:

Bei vielen der unbegleiteten minderjährigen Ausländer wurde und wird ein behördliches Verfahren zur Altersfeststellung gemäß §§ 42f. SGB VIII (Jugendhilfegesetz) durchgeführt. Werden dabei behördliche Altersfeststellungen anderer Länder oder Bundesbehörden übernommen oder wird das Verfahren in Sachsen-Anhalt wiederholt?

11. Abgeordneter Daniel Rausch (AfD)

Einzelmaßnahmen bei Durchführung der medizinischen Altersdiagnostik bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

Ich frage die Landesregierung:

Wird bei unbegleitet minderjährigen Flüchtlingen eine Untersuchung mit Erfassung anthropometrischer Maße, der sexuellen Reifezeichen, eine zahnärztliche Untersuchung mit Erhebung des Zahnstatus und der radiologischen Untersuchung der Zähne und des Halsskeletts durchgeführt?

12. Abgeordneter Hannes Loth (AfD)

Anzahl der durchgeführten medizinischen Altersdiagnostik bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

Ich frage die Landesregierung:

In wie vielen Zweifelsfällen und welchen Kriterien wurde eine medizinisch-forensische Altersdiagnostik durchgeführt?